



Antrag-Nr.: 2  
zu TOP: 7  
Rasterpkt.:

**A N T R A G**  
**zur Hauptversammlung vom 11. bis 13. Oktober 2007 in Halle**

Antragsteller: Bundесvorstand (im Einvernehmen mit dem EV)

Landesverband: \_\_\_\_\_

Headline: Gründung einer Genossenschaft von Zahnärzten für Zahnärzte

Auswirkungen auf den Haushalt  
(unmittelbar erkennbar): Nicht absehbar (siehe Haushaltstitel 5093 „FVDZ-Finanz-GmbH“)

**Wortlaut des Antrages:**

- 1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte beauftragt den
- 2 BV, für die Mitglieder des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte und alle Zahnärz-
- 3 tinnen und Zahnärzte, die sich zu einer freien Berufsausübung zum Wohl Ihrer Pati-
- 4 enten bekennen, eine bundesweit handelnde zahnärztliche Genossenschaft unter
- 5 dem Leitmotiv „von Zahnärzten für Zahnärzte“ zu initiieren.
- 6 Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder mittels
- 7 gemeinsamen Geschäftsbetriebs unter Berücksichtigung der Marktmöglichkeiten.
- 8 Dazu zählen die Entwicklung, das Angebot und die Durchführung umfassender
- 9 Dienstleistungen für Zahnärztinnen und Zahnärzte, für zahnärztliche Praxen und für
- 10 die darin tätigen Personen.
- 11 Der Freie Verband wird Gründungsmitglied der Genossenschaft.
- 12
- 13 Mit bereits bestehenden Vereinigungen auf lokaler Ebene soll partnerschaftlich zu-
- 14 sammengearbeitet werden.
- 15

16 Begründung:  
17 => erfolgt mündlich

18  
19

Abstimmung: Bei 74 Ja-, 58 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen angenommen

20 Die Große Koalition von Schwarz-Rot will mit der Gesundheitsreform 2007 einen um-  
21 fassenden Strukturwandel im deutschen Gesundheitswesen erzwingen.  
22 Unter der Parole „Stärkung des Wettbewerbs“ soll durch Selektivverträge die beste-  
23 hende kollektive Vertragsstruktur aufgebrochen und die Zahnärzteschaft zersplittert  
24 (vereinzelt), auch im Sinne einer Marktbereinigung dezimiert werden.  
25 Parallel dazu gibt das novellierte Vertragsarztrecht Investoren die Möglichkeit zum  
26 Aufbau großer Versorgungseinheiten mit dem gesundheitspolitischen Ziel, die ambu-  
27 lante zahnmedizinische Versorgung, die heute fast ausnahmslos von Praxen selb-  
28 ständiger Freiberufler getragen wird, zugunsten großer Einheiten mit mehrheitlich  
29 unselbständigen Angestellten umzubauen.  
30 Beide Entwicklungen sind für kleine und mittlere Praxen ohne politischen und wirt-  
31 schaftlichen Rückhalt in einem zuverlässigen Verbund existenzbedrohend.  
32 Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte gibt den freiberuflichen Zahnärztinnen und  
33 Zahnärzten in Deutschland den berufspolitischen Rückhalt als Vertreter ihrer politi-  
34 schen, fachlichen und wirtschaftlichen Interessen. Den wirtschaftlichen Rückhalt  
35 kann der Freie Verband aus rechtlichen (und verbandspolitischen) Gründen aus-  
36 schließlich politisch-ideell, aber nicht praktisch-unternehmerisch darstellen. Für diese  
37 Funktion sieht der BV/EV (siehe die HV) eine von Zahnärzten getragene „eingetragene  
38 Genossenschaft“ als die bestmögliche Gesellschaftsform an.  
39 [Vorteile einer Genossenschaft: ...]

40

41 Weitere argumentative Begründungen:

- 42 - das massiv veränderte rechtliche Umfeld erfordert deutlich
- 43 neue/veränderte Organisationsformen
- 44 - mit dieser Organisationsform können wir den Strategien institutioneller An-  
45 leger (MacZahn etc.) am erfolgversprechendsten begegnen
- 46 - in der eingetragenen Genossenschaft, in der die Gesellschafter, die freibe-  
47 ruflich-selbständigen Zahnärzte die Geschäftspolitik bestimmen, bieten  
48 sich die breitesten Möglichkeiten für den Erhalt einer selbstbestimmten  
49 freiberuflichen Berufsausübung unter Risikominimierung für den Einzelnen
- 50 - ein mitgliederstarker Zusammenschluss ist bei nachhaltiger Veränderung  
51 der aktuellen Versorgungsstruktur am ehesten in der Lage, ein flächende-  
52 ckendes verlässliches Versorgungsangebot im Namen seiner Mitglieder zu  
53 entwickeln und zu verwirklichen.

Abstimmung: Bei 74 Ja-, 58 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen angenommen